

Inhaltsübersicht

Inhalt	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XLV
1. Teil: Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften und das Gericht erster Instanz – Verfahren – Organisation – Rechtsprechung –	
A. DER GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (EuGH)	1
I. Das Rechtsschutzsystem vor dem EuGH	1
II. Die Organisation des EuGH	17
III. Die Rechtsprechung des EuGH in der Praxis	22
B. DAS GERICHT ERSTER INSTANZ (EuG)	26
2. Teil: Institutionelles Gemeinschaftsrecht	
A. DIE WIRKUNG DES GEMEINSCHAFTSRECHTS IM RECHT DER MITGLIEDSTAATEN	32
I. Unmittelbare Anwendbarkeit des primären Gemeinschaftsrechts	32
II. Die Wirkung des sekundären Gemeinschaftsrechts	37
B. DAS VERHÄLTNIS DES GEMEINSCHAFTSRECHTS ZUM NATIONALEN RECHT DER MITGLIEDSTAATEN	77
I. Vorrang des Gemeinschaftsrechts in der Rechtsprechung des EuGH	77
II. Die Rechtsprechung des BVerfG zur Rangfrage	85
III. Die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages über die Europäische Union	114
IV. Der Justizkonflikt um die Bananen-Marktordnung	139
V. Verhältnis zwischen Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht in der Rechtsprechung österreichischer Höchstgerichte	151
VI. Formelle Voraussetzungen für die Revision der Gründungsverträge	159
VII. Die Stellung föderativer Untergliederungen im Gemeinschaftsrecht	160
VIII. Gemeinschaftsrechtliche Schutz- und Notstandsklauseln	168
IX. Ausschluß nationaler »Sanktionen« wegen Verletzung des Gemeinschaftsrechts	173
C. GRUNDPRINZIPIEN DES GEMEINSCHAFTSRECHTS	176
I. Die Loyalitätspflicht nach Artikel 5 EGV	176
II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot nach Artikel 6 EGV	182
III. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	200
IV. Der Ausschluß nationaler Rechtsetzung	201
V. Transparenz des Rechtsetzungsverfahrens und Zugang zu Dokumenten der Gemeinschaftsorgane	202

VI.	Die Gemeinschaften als Rechtsgemeinschaft	208
VII.	Das Demokratieprinzip in den Gemeinschaften	208
D.	KOMPETENZVERTEILUNG ZWISCHEN GEMEINSCHAFT UND MITGLIEDSTAATEN	209
I.	Der Grundsatz der begrenzten Ermächtigung	209
II.	Das Subsidiaritätsprinzip gemäß Artikel 3 b II EGV	215
III.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gemäß Artikel 3 b III EGV	216
IV.	Die Lückenschließungskompetenz des Artikel 235 EGV	217
V.	Übergang von Kompetenzen der Mitgliedstaaten auf die Gemeinschaft	218
VI.	Rechtsharmonisierung und nationale Alleingänge	222
E.	DIE ABGRENZUNG DER KOMPETENZGRUNDLAGEN INNERHALB DER GEMEINSCHAFT UND ZWISCHEN DEN GEMEINSCHAFTEN, INSTITUTIONELLES GLEICHGEWICHT	230
I.	Die Wahl der Rechtsgrundlage innerhalb des EGV	231
II.	Mehrfache Rechtsgrundlagen	242
III.	Die Wahl der Rechtsgrundlage zwischen den Gemeinschaftsverträgen	246
IV.	Die Wahl der Rechtsgrundlage zwischen Gemeinschaftsrecht und Unionsrecht	247
V.	Institutionelles Gleichgewicht	248
VI.	Die Kohärenz der drei Europäischen Gemeinschaften	249
F.	FUNKTIONEN UND BEFUGNISSE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	251
I.	Mitwirkungsrechte des Parlaments an der Rechtsetzung	251
II.	Aktivlegitimation des Parlaments für Untätigkeitsklagen	254
III.	Passivlegitimation des Parlaments für Nichtigkeitsklagen	255
IV.	Aktivlegitimation des Parlaments für Nichtigkeitsklagen	261
G.	DIE UMSETZUNG DES SEKUNDÄREN GEMEINSCHAFTSRECHTS	266
I.	Geltung und Durchführung von Verordnungen	266
II.	Umsetzung von Richtlinien	270
H.	DIE STAATSHAFTUNG DER MITGLIEDSTAATEN BEI VERLETZUNG DES GEMEINSCHAFTSRECHTS	283
I.	Schadensersatz wegen Verstoßes gegen primäres Gemeinschaftsrecht	283
II.	Schadensersatzpflicht der Mitgliedstaaten bei mangelhafter oder nicht erfolgter Umsetzung von Richtlinien	299
I.	DER VOLLZUG DES GEMEINSCHAFTSRECHTS	310
I.	Mittelbarer Vollzug und die Grundsätze des europäischen Verwaltungsrechts	310
II.	Der effektive Vollzug des Gemeinschaftsrechts	316
III.	Vorläufiger Rechtsschutz vor nationalen Gerichten	329
IV.	Der effektive Vollzug des Gemeinschaftsrechts durch nationale Gerichte	338

J.	DIE VERFAHREN VOR DEM EuGH UND DEM EuG, INSBESONDERE DAS VORABENTSCHEIDUNGSVERFAHREN NACH ARTIKEL 177 EGV	343
I.	Aufsichtsklage nach Artikel 169 EGV	344
II.	Nichtigkeitsklage nach Artikel 173 EGV	345
III.	Untätigkeitsklage nach Artikel 175 EGV	354
IV.	Vorabentscheidungsverfahren nach Artikel 177 EGV	358
V.	Inzidente Normenkontrolle	389
VI.	Das Gutachtenverfahren nach Artikel 228 VI EGV	389
VII.	Vorläufiger Rechtsschutz durch den EuGH	390
VIII.	Rechtsmittel gegen Entscheidungen des EuG	400
IX.	Nichtbefolgung der Urteile des EuGH	401
K.	DIE AUSSERVERTRAGLICHE HAFTUNG (AMTSHAFTUNG) DER GEMEINSCHAFT	405
L.	DER GRUNDRECHTSSCHUTZ IM GEMEINSCHAFTSRECHT	415
I.	Grundrechtsschutz gegenüber der Gemeinschaftsgewalt	415
II.	Grundrechtsschutz gegenüber Maßnahmen der Mitgliedstaaten	447
III.	Völkerrechtliche Grundrechtsgewährleistungen der Mitgliedstaaten und ihr Verhältnis zum Gemeinschaftsrecht	450
IV.	Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz	451
M.	DIE EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN IM VÖLKERRECHT	477
I.	Die Stellung der Gemeinschaften im allgemeinen Völkerrecht	477
II.	Die Kompetenz zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge	489
III.	Die Wirkungen völkerrechtlicher Verträge der Gemeinschaft im Gemeinschaftsrecht	532
IV.	Die Wirkungen völkerrechtlicher Verträge der Mitgliedstaaten im Gemeinschaftsrecht	561
V.	Die Integrationsgewalt der EG und die Ausgestaltung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)	565
3. Teil: Europäisches Wirtschaftsrecht		
N.	EIN- UND AUSFUHRZÖLLE UND ABGABEN GLEICHER WIRKUNG WIE ZÖLLE	585
O.	MENGENMÄSSIGE BESCHRÄNKUNGEN DES WARENVERKEHRS UND MASSNAHMEN GLEICHER WIRKUNG	594
I.	Der Grundsatz der Warenverkehrsfreiheit	595
II.	Vorliegen einer staatlichen Maßnahme	603
III.	Produktbezogene Beschränkungen der Warenverkehrsfreiheit	607
IV.	Vertriebsbezogene Beschränkungen der Warenverkehrsfreiheit	612
V.	Immanente Schranken der Warenverkehrsfreiheit in Artikel 30 EGV	620
VI.	Ausnahmen von der Warenverkehrsfreiheit in Artikel 36 Satz 1 EGV	644

VII.	Das Verbot verschleierte Handelsbeschränkungen in Artikel 36 Satz 2 EGV	675
P.	BESCHRÄNKUNGEN DES WARENVERKEHRS DURCH DISKRIMINIERENDE STEUERVORSCHRIFTEN	682
I.	Verbot diskriminierender Besteuerung	682
II.	Verbot protektionistischer Besteuerung	686
Q.	FREIZÜGIGKEIT DER ARBEITNEHMER	696
I.	Der Grundsatz der Freizügigkeit	697
II.	Der Arbeitnehmerbegriff	699
III.	Drittwirkung der Freizügigkeitsrechte	703
IV.	Vom Diskriminierungsverbot zum allgemeinen Beschränkungsverbot	707
V.	Die einzelnen Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen	713
VI.	Beschränkung der Freizügigkeit aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	736
VII.	Ausnahme für die öffentliche Verwaltung	746
R.	NIEDERLASSUNGS- UND DIENSTLEISTUNGSFREIHEIT	756
I.	Niederlassungsfreiheit	757
II.	Dienstleistungsfreiheit	772
III.	Gegenseitige Anerkennung von Diplomen, Zeugnissen und sonstigen Befähigungsnachweisen	808
S.	INLÄNDERGLEICHBEHANDLUNG BEIM ZUGANG ZUR BERUFSAUSBILDUNG	814
T.	FREIHEIT DES ZAHLUNGS- UND KAPITALVERKEHRS	823
I.	Zahlungsverkehr	823
II.	Kapitalverkehr	827
U.	WETTBEWERBSRECHT	830
I.	Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Kartelle	830
II.	Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	842
III.	Unternehmensbegriff	861
IV.	Das Verfahren in Wettbewerbssachen	863
V.	Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen	874
VI.	Anwendung des EG-Wettbewerbsrechts auf öffentliche Unternehmen und Monopole	887
V.	BEIHILFENRECHT	907
I.	Materielles Beihilfenrecht	907
II.	Beihilfenaufsicht	911
III.	Anwendung des Beihilfenrechts auf öffentliche Unternehmen	934
	Verzeichnis der wiedergegebenen Entscheidungen	936
	Stichwortverzeichnis	949